

Zur wissenschaftspolitischen Funktion  
von Außen- und Kontaktinstituten  
in Entwicklungsländern

Vom 11. - 13. Oktober 1967 fand in Bonn eine Tagung der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer statt, die dem Erfahrungsaustausch über Universitätspartnerschaften diente. Im Verlauf dieser Tagung stand nicht wie heute das Problem der Forschung, sondern das der Lehre im Mittelpunkt der Diskussion. Probleme des Lehrbetriebs wurden auch bei anderen Tagungen der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer behandelt, z.B. jenen, die sich mit dem Schicksal und den Aufgaben der deutschen Gewerbeschulen beschäftigten.

Ich kann meine Ausführungen jetzt auf das Problem der deutschen Forschungsinstitutionen in Entwicklungsländern und deren Zusammenarbeit mit einheimischen Partnern konzentrieren, weil diese Tagungen bereits vorangegangen sind und zu einem, wie ich glaube, sehr einleuchtenden Ergebnis geführt haben. So möchte ich meine Ausführungen mit einem Zitat aus dem Kurzbericht über die Tagung vom 11. - 13. Oktober 1967 beginnen. Als erstes Diskussionsergebnis lesen wir auf Seite 2:

"Die bestehenden Universitätspartnerschaften gehen, wenn man sie auf ihren Ursprung hin untersucht, oft auf die Tätigkeit einzelner deutscher Wissenschaftler an Universitäten in den Entwicklungsländern zurück. Solche Initiativen sind auch in Zukunft sorgfältig zu beobachten, ihre Qualität und ihr entwicklungspolitischer Effekt zu überprüfen. Gegebenenfalls sind sie nach einem planungspolitischen Gesamtkonzept zu Partnerschaften auszubauen."

Diese grundsätzliche Feststellung bedeutet eine Absage an die beispielsweise in den Vereinigten Staaten konsequent durchgeführte Konzeption, zuerst durch eine staatlich geförderte und staatlich dirigierte Institution bestimmte Ziele auszusuchen und dann erst mit einem sorgfältig ausgedachten Prämiensystem die Träger anzuwerben, die sich solcher Ziele annehmen.

Der deutschen Auffassung nach steht demgegenüber das Interesse und die Initiative des einzelnen Wissenschaftlers im Vordergrund. Er schafft direkte, persönliche Kontakte und beginnt mit der Arbeit. Erst in einem späteren Stadium greift der Staat helfend ein, wenn er ein Vorhaben als wertvoll und zukunftsreich erkannt hat. Wenn dieses Prinzip richtig ist, und ich glaube, wir waren damals alle von seinen Vorteilen überzeugt, dann ist damit eine Vorentscheidung gefallen - auch für den Bereich, über den wir heute diskutieren. Es ist bereits ein Weg gewiesen, wie Außenstellen im Bereich der Forschung geschaffen werden sollten: Auch hier muß das Interesse des einzelnen Forschers oder einer eng miteinander verbundenen Gruppe von Forschern primär sein. Dem Staat bleibt die Möglichkeit der Selektion auf dem Wege einer zusätzlichen Finanzierung. Nur auf diesem Wege hat er die Möglichkeit, seine wissenschaftspolitischen oder entwicklungspolitischen Vorstellungen zu verwirklichen, vorausgesetzt daß er überhaupt in der Lage ist, solche zu entwickeln und einen Konsens darüber zu erreichen.

Diese Tatsache, also den grundlegenden Unterschied zwischen dem Weg der Vereinigten Staaten und dem Weg der Bundesrepublik Deutschland, möchte ich betonen, weil er offensichtlich nicht von allen, die sich heute zur Universitäts- und

Gesellschaftsreform berufen fühlen, erkannt wird. Vielleicht erfolgt dieses Verwischen nur aus Mangel an sachlicher Information. Um Ihnen ein Beispiel zu zitieren:

In einem Artikel der Rhein-Neckarzeitung vom 24.2.1968, der "im Auftrage des ASTA Heidelberg" von einem Herrn Bodo Voigt verfaßt worden ist, heißt es wörtlich:

"Etwa 70 Prozent aller Forschungsprojekte sind militärischen oder paramilitärischen Charakters - das gilt für die USA wie für die BRD-; der vermeintlich aus Sachzwängen und aus einer angeblich verselbständigten Entwicklung der Forschung sich ergebende Wissenschaftsfortschritt wird eindeutig durch militärische und paramilitärische Planung vorherbestimmt."

Die Geistes- und Sozialwissenschaften an den Hochschulen werden davon nicht ausgenommen. Es ergibt sich aus dem weiteren Text, daß auch sie gemeint sind.<sup>1)</sup>

Ich kann nur für die Geistes- und Sozialwissenschaften sprechen, und für sie kann ich das sagen, was Sie alle wissen: daß hier eine leichtfertige, schon durch ihre Generalisierung diskriminierende Verdächtigung vorliegt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat immer auf Sauberkeit ihrer Projekte gehalten. Sie würde kein sozialwissenschaftliches Unternehmen im Ausland fördern, dem man solche In-

---

1) Das Zitat lautet nämlich weiter: "Die Beschäftigung mit der Wissenschaft an der Universität ist also keineswegs autonom, sie hat ihre ganz interessensspezifischen Voraussetzungen und Auswirkungen. Die Universität steht also - nicht nur durch die militärischen Abhängigkeiten, sondern auch durch die Ausbildung von Lehrern - ganz eindeutig im Organisationsbereich des Staates."

tentionen unterschieden könnte. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade in den U.S.A., wo tatsächlich eine starke politische und militärische Einflußnahme besteht, von den dagegen protestierenden Wissenschaftlern ein Instrument nach dem Muster der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefordert worden ist.

Man fragt sich, wie wir in Zukunft im Ausland arbeiten sollen, wenn solche Unterstellungen von den an Kummer gewöhnten staatlichen Stellen nicht zurückgewiesen werden. Jedenfalls aber haben wir Forscher alle Ursache, an der bisherigen Konzeption festzuhalten. Ein Staat, der nicht gewillt und in der Lage ist, seine Wissenschaftler gegen Angriffe zu schützen, die Reaktionen der Gastländer geradezu herausfordern, muß sich in der Planung, in den Intentionen, äußerster Zurückhaltung befleißigen.

Ich wiederhole: Es muß weiterhin unser Anliegen sein, daß die wissenschaftlichen Kontakte in der Regel sachbezogen von beteiligten Gelehrten hergestellt werden, daß sie rein wissenschaftlichen Interessen dienen und daß staatliche Instanzen erst in einer späteren Phase selektierend und unterstützend Anteil nehmen.

Das ist aber nicht die einzige Konsequenz der eingangs zitierten Erklärung. Wenn es bei der Errichtung von Forschungsstützpunkten im großen gesehen keine andere Politik geben kann als bei der von Universitätspartnerschaften, die der Lehre dienen, dann liegt es nahe, diese beiden Bereiche zu verbinden. Man kann etwa - und das ist bereits etwas, was grundsätzlich diskutiert werden muß - die Forderung erheben, daß es keine Partnerschaft ohne ein For-

schungsteam geben sollte, in das die Partnerschaftsdozenten (hier in weitestem Sinne gemeint) gewissermaßen als Ausgleich für ihre Leistungen in der Lehrtätigkeit delegiert werden können. Damit würden nämlich jene ökonomischen Motivationen zurückgedrängt, die bisher bei einem Teil des Lehrpersonals, das in den Partnerschaften eingesetzt wurde, vorherrschten und gelegentlich den Geist ganzer Teams beeinträchtigten.

Daneben sehe ich noch eine Reihe weiterer Folgerungen. Deutsche Forschungsstützpunkte werden auch in Zukunft mit einem relativ begrenzten Personenkreis rechnen müssen. Nur Gelehrte, deren Interessen bereits auf ein bestimmtes Land oder ein nur in Entwicklungsländern studierbares Problem gerichtet sind, kommen in Frage. Schon die amerikanischen Erfahrungen sprechen dagegen, ein kostspieliges Prämiensystem zu schaffen, das Gelehrte auf Felder lockt, die sie nicht eigentlich interessieren.

Ferner sollten deutsche Projekte von vornherein zeitlich begrenzt werden. Das Gesicht vieler Institute in der BRD ist sehr stark durch die augenblickliche personelle Zusammensetzung geprägt. Gibt es einen größeren Wechsel im Mitarbeiterkreis, so kann dies zu einer radikalen Änderung der Interessenrichtung führen. Wir haben vor kurzem am Frobenius-Institut erlebt, daß ein Todesfall den Schwerpunkt der dort betriebenen Studien vom ozeanistischen Bereich auf den afrikanistischen verlagerte. Die Umstellung als solche ist zu begrüßen - sie entspricht nicht nur der Tradition, sondern auch den Möglichkeiten einer einmaligen Bibliothek. Hoffentlich wird sie endlich institutionell verankert.

In der erwähnten Tagung hörten wir deshalb auch den Satz: in der BRD sei die Mini-Partnerschaft die Form der Zukunft. Ich möchte sagen, es entspräche der gleichen Konzeption, daß relativ kleine Außenstellen mit persönlich engagiertem Personal geschaffen werden, die sich der wissenschaftlichen und der politischen Entwicklung rasch anpassen können. Die BRD ist nicht in der Lage, ihre Forschungsposten im Ausland wirklich zu schützen, wenn das Gastland aus Überlegungen heraus, die zunächst nichts mit der BRD zu tun haben, seinen Kurs wechselt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Beispiel hinweisen, das vom Südasien-Institut gegeben wurde.

Wir haben in Kabul eine Außenstelle errichtet, die mit einem Ethnologen besetzt ist, der vorher an mehreren Expeditionen in diesem Land teilgenommen hat. Wir sind gleichzeitig in eine Mini-Partnerschaft mit dem neu errichteten Anthropologischen Institut der Universität Kabul eingetreten. Ein halbes Jahr steht unser Mitarbeiter einem größeren Hörerkreis der Universität zur Verfügung, das nächste halbe Jahr widmet er sich der Ausbildung des Forschungspersonals durch gemeinsame Expeditionsunternehmungen in verschiedenen Teilen des Landes. Er hat ein etwas größeres Haus gemietet, so daß andere Forscher bei ihm einen Stützpunkt finden. Sie können sich auch an seinen Unternehmen beteiligen.

In dem Vertrag mit der Universität Kabul ist festgelegt, daß wir keine Exklusivität beanspruchen. Hält sich z.B. ein dänischer Forscher, Klaus Ferdinand - Spezialist für das Nomadenproblem - in Kabul auf, dann kann er selbst in den Lehrbetrieb eingeschaltet werden.

Auf eine Zusammenarbeit mit dem immer wieder in Afghanistan tätigen großen sowjetischen Anthropologen Prof. Debec legen wir großen Wert. Wir würden uns freuen, wenn wir seine umfassenden Kenntnisse bei Lehrveranstaltungen heranziehen könnten.

Im Grunde ist unsere zweite Außenstelle in Delhi ebenso konzipiert. Da ihre Gründung mit Gesprächen zusammenhängt, die unser gegenwärtiger Bundeskanzler Dr. Kiesinger seinerzeit noch als Ministerpräsident von Baden-Württemberg mit Nehru führte, hat sie freilich eine offizielle Weihe und eine Affinität zu Botschaft und Goethe-Institut mit in die Wiege gelegt bekommen, die in der kühleren Atmosphäre wissenschaftlicher Forschung bald zurücktreten wird.

Wir bilden uns nicht ein, dieses Modell für uns gepachtet zu haben. So beruhen z.B. die deutschen Ausgrabungen, die mit Erfolg in Indien durchgeführt werden, auf der Initiative und Geduld einer einzigen Person - Professor Hertels.

Die Frage ist lediglich, ob diese Lösung der individuellen Initiative generell anzustreben sei. Ich meine, sie ist nicht das alleingültige Modell, schon deshalb nicht, weil es Außenposten der deutschen Wissenschaft gibt, die auf eine ungleich stolzere Geschichte zurückblicken können als unsere beweglichen Mini-Partnerschaften, die den raschen Entwicklungen der postkolonialen Phase angepaßt sind. Ein solches, man könnte geradezu sagen, kaiserliches Erbe hat das Deutsche Archäologische Institut zu verwalten. Dort ist alles vorgegeben, was uns fehlt: Tradition, Planstellen, ja selbst ein im Bundeshaushalt verankerter Etat. Es ist sicher, daß diese große Tradition weitergeführt werden muß:

Die Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart sind zu einleuchtend. Schon die Konkurrenz zu den archäologischen Missionen, etwa des französischen Staates, zwingt zur Fortsetzung. Es ist nur die Frage, ob weitere Einrichtungen dieser Art geschaffen werden können und ob man den bisherigen Arbeitsbereich entscheidend ausweiten soll.

Gegen einen Ausbau in dieser traditionsreichen Linie sprechen verschiedene Argumente:

1. Der föderalistische Aufbau der BRD würde Neugründungen derartiger Institute behindern. Hätten wir nicht ein Deutsches Archäologisches Institut ererbt - man hätte es jedenfalls nach dem zweiten Weltkrieg nicht schaffen können. Das Tröger-Abkommen, von dem wir alle schon so viel gehört haben, würde die Neugründung solcher Institute nur auf dem naturwissenschaftlichen Sektor begünstigen. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sind, so hat man uns gesagt, vorwiegend dem universitären Bereich und damit der Pflege der Länder überantwortet. Das mag logisch klingen, bedeutet aber eine fühlbare Benachteiligung aller Auslandswissenschaften, eine Behinderung aller ihrer Projekte, die ja nicht nur den Interessen der einzelnen Bundesländer, sondern denen des Bundes dienen können und jedenfalls einer Betreuung durch das Auswärtige Amt bedürfen. Man hat uns versichert, die Kultusminister wünschten, durch eine gewisse Aufgabenteilung der Länder diese "Tröger-Lücke", die gleichzeitig eine Trägerlücke ist, auszugleichen - aber dem stehen wohl die Einsparungswünsche der Kultusministerien im Wege. Das ist besonders bitter, weil es Max Planck-Institute, die vom Forschungsministerium finanziert werden, in diesem Sektor nicht gibt. Nur die Jurisprudenz hat Ausnahmen erreicht.

2. Reich ausgestattete Institute nach dem Muster des Deutschen Archäologischen Instituts sind natürlich bei einem Wechsel der politischen Windrichtung besonders leicht dem Griff auf ihr Inventar ausgesetzt. Wir verfügen ja schon über die Erfahrungen aus zwei Weltkriegen: Ein kleiner Stützpunkt hat erstens weniger zu verlieren, und zweitens kann er sehr viel leichter einen raschen Stellungswechsel vollziehen.

3. Eine Tendenz zur Beamtenvermehrung nach dem Parkinsonschen Gesetz kann sich in großzügigem Rahmen naturgemäß noch leichter durchsetzen.

Ich glaube daher, den Vertretern traditionsreicher Institutionen aus der Seele zu sprechen, wenn ich höchstens eine vorsichtige Weiterentwicklung empfehle.

Es sind jedoch Formen denkbar und zu wünschen, die in dem weiten Feld zwischen den bisher charakterisierten extremen Typen liegen. Wir verfügen in der Bundesrepublik über eine ganze Anzahl von Zusammenschlüssen forschender Institute. Es zeichnet sich ein System der Kooperation für bestimmte Regionen ab: Ibero-Amerika, Afrika, Naher Osten, Südasien (mit Einschluß Südostasiens) und Ostasien. Vergessen wir nicht den Arbeitskreis, der uns hierher miteingeladen hat. Gleichzeitig sind - verwenden wir ruhig die amerikanische Bezeichnung - "Departments" an einzelnen Universitäten entstanden, die sich mit bestimmten Regionen beschäftigen. Das Südasien-Institut ist ein solches Department, wenn auch die früher skizzierte "Außenstelle Kabul" de facto nur von einem bestimmten Seminar dieses Departments getragen wird. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, zwischen einem repräsentativen Träger auf höherer Ebene und dem mit der Abwicklung betrauten "operativen" Träger in ähnlicher Weise zu unterscheiden, wie dies in dem Gespräch über

Universitätspartnerschaften vorgeschlagen wurde.

Es kann z.B. ein solcher Regionalverband oder ein Department eine Außenstelle errichten, die abwechselnd von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen oder auch aus verschiedenen Universitäten oder Forschungsstellen benützt wird.

Ein Vorschlag, der in diese Richtung ging, wurde seinerzeit von der Deutschen Afrika-Gesellschaft gemacht. Er implizierte, daß die Afrika-Gesellschaft im Zentrum von Schwerpunktregionen lediglich das Grundpersonal und den technischen Apparat stellt, zu dem alternierend die einzelnen Forscher treten. Das Mexiko-Projekt der DFG kommt einem solchen Modell ziemlich nahe; es zeigt die Schwierigkeiten - aber auch die Chance, allmählich zu einer konzertierten Aktion der angesprochenen Disziplinen zu gelangen.

Eine andere, vielleicht noch viel interessantere Möglichkeit wird durch die Koordinationsversuche innerhalb der EWG nahegelegt. So wird z.B. in Afghanistan die archäologische Forschung besonders von Franzosen und Italienern betrieben, die Ethnographie von Dänen und Deutschen, die Philologie wieder ist in den Händen von Schweizern und Franzosen. Es läge nahe, diese Zusammenarbeit, in die noch andere Nationen einbezogen sind, zu institutionalisieren und durch ein gemeinsames Kulturabkommen, zumindest der EWG-Länder, abzusichern. Es wäre z.B. eine Kleinigkeit, die verschiedenen, über Kabul verstreuten Bibliotheken der Forschung in einem Europa-Hause zusammenzufassen, das zu einem Zentrum geistigen Austauschs mit den afghanischen Kollegen werden könnte.

Gegen meine bisherigen Ausführungen läßt sich nun einwenden, daß ich ausschließlich von deutscher Seite aus gesprochen habe. Ich habe über die Möglichkeiten einer Organisation, über die Träger der Forschung im Ausland berichtet. Wie sieht es nun mit unseren Partnern aus?

Der Unterschied zwischen dem, was wir wollen, und den kaiserlichen Projekten der Vergangenheit liegt eben darin, daß j e d e Außenstelle heute den Charakter einer Partnerschaft haben muß, daß sie ohne den Konsens und die Mitarbeit einheimischer Gelehrter nicht möglich ist - allerdings mit Abstufungen. In manchen Fällen wird der Partnerschaftscharakter praktisch ein Wechsel auf die Zukunft bleiben, das Entwicklungsland wird zunächst noch nicht die Möglichkeit haben, counterparts von angemessenem Ausbildungsniveau zu stellen. Die Gegenleistung erfolgt also praktisch durch die allmähliche Ausbildung derer, die die Forschung dann weitertragen sollen. Sind sie vorhanden, dann beginnt ein neues Stadium, dem neue Vertragsbedingungen entsprechen müssen.

In anderen Fällen wird eine Zusammenarbeit möglich sein, wenn die Zielsetzung von vornherein klar festliegt und Probleme, die auch bei uns nur mit Schwierigkeiten in "teamwork" behandelt werden können, ausgeklammert werden. Solche einfacheren Probleme sind etwa Kartierungen und alles, was mit dem Sammeln von Grundlagenmaterial zusammenhängt.

Schließlich und endlich haben wir den idealen und immer häufigeren Fall, in dem wir echte Partner finden, in dem wir in ein bereits laufendes Forschungsvorhaben des Entwicklungslandes eingebaut werden. So war es z.B. möglich, zu einer in Pakistan unternommenen Grabungskampagne den

physischen Anthropologen zu stellen, der dann auch für die Gewinnung der Radiocarbonaten sorgte.

In vielen Fällen wird man sich fragen, wo die Ausarbeitung erfolgen soll. Ich möchte jedoch nicht verschweigen, daß das Hereinziehen ausländischer Wissenschaftler in die BRD häufig das ernste Problem mit sich bringt, wie man die Gäste wieder zur Rückkehr in ihre Heimat bewegen kann, die sie so dringend braucht. Nicht nur bei Studenten ist diesbezüglich ein gewisses "sit-in" in der BRD festzustellen, das bei erzwungener Rückkehr dem Gefühl der Frustrierung weicht, um sich modern auszudrücken. Aber vielleicht hilft es auch in diesem Falle, von vornherein eine zeitliche Begrenzung der Forschungsvorhaben zu betonen.

Nun eine letzte Frage: Welchen Sinn und Zweck haben insgesamt alle diese Projekte?

Für unsere Partner steht zweifellos die Tatsache im Vordergrund, daß der rasche Aufbau der Universitäten in fast allen Entwicklungsländern das Gleichgewicht, das zwischen Forschung und Lehre bestehen muß, in grotesker Weise verzerrt hat. In den Entwicklungsländern ist bereits erreicht, was anscheinend manche Kreise auch bei uns durch eine Erhöhung und Fixierung der Unterrichtsverpflichtungen anstreben: Der Lehrende in höherer Position ist auf den Schatz seiner - meist im Auslande erworbenen - Bildung angewiesen, die er in Routinevorlesungen reproduziert. Damit ist automatisch die Gefahr gegeben, daß auch das akademische Proletariat, das man ja in vielen Entwicklungsländern züchtet, ohne Anreiz bleibt, die freie Zeit zu eigenem Denken und Forschen zu benutzen - wie dies immerhin im zaristi-

schen Rußland der Fall war. Die Japaner hätten sich niemals so rasch zur industriellen und geistigen Großmacht entwickelt, hätten sie nicht noch im 19. Jahrhundert das deutsche Universitätssystem mit seiner Verbindung von Forschung und Lehre übernommen. Man sagt, dieses System mit seiner Konzentration der Verantwortung auf einen überschaubaren, nach klaren Spielregeln selektierten Kreis sei heute überholt. Für die Anwendung in Entwicklungsländern trifft das sicher nicht zu.

Damit kommen wir zu dem, was wir bei einer stärkeren Betonung der Auslandsforschung, des Arbeitens im Ausland jenseits der europäischen und amerikanischen Grenzen zu erwarten haben. Unter dem Druck einer wachsenden Studentenzahl haben Politiker, zum Teil im Namen der Bildungsökonomik, die prozentuelle Zusammensetzung unserer traditionellen Fakultäten verzerrt.<sup>2)</sup> Wo früher dem Germanisten der Orientalist gegenüberstand, dort sehen sich heute die Vertreter der kleineren und exotischen Fächer einer soliden Front von Parallelprofessuren gegenüber. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats sind gerade auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften durch dieses zahlenmäßige Übergewicht der Etablierten und der Modefächer bestimmt worden. Kurioserweise liegt heute der Schwerpunkt philoso-

---

2) An die Schaffung von pädagogischen Fakultäten hat man vielleicht deshalb nicht gedacht, weil man nur das amerikanische, jedenfalls nicht das sowjetische Ausbildungssystem aus eigener Anschauung kannte. Man vergaß auch, daß die vielen Pseudo-Universitäten einen notwendigen Bestandteil des amerikanischen Systems bilden. Sie absorbieren jene, denen nur an passabler Berufsausbildung und akademischem Diplom gelegen ist. Bei einem Anwachsen der Studentenzahl hätte man auch bei uns für diese Bedürfnisse einen anderen - billigeren - Weg finden müssen.

phischer, aber auch wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fakultäten stärker im eigenen Kulturbereich als früher. Man hat nicht jene Forschungsbereiche geschaffen, die man brauchen würde, um unser Weltbild so offen zu gestalten, wie es für die moderne Politik notwendig ist. Ich habe an meiner eigenen Universität Diskussionen über das Vietnamproblem erlebt. Nur ein einziger Professor, charakteristischerweise ein Armenier mit amerikanischer Staatsbürgerschaft, war imstande, aus dem Stegreif einen Bericht über die Geistesgeschichte Vietnams zu geben. Ich möchte wissen, was eine Rundfrage selbst in einem akademisch hochqualifizierten Gremium auch nur an exakten Daten über das Auftreten des sozialrevolutionären Katholizismus in diesem Land, die daraus resultierenden Katholikenverfolgungen, aber auch andererseits über das geistige Zusammenspiel zwischen Konfuzianismus und Buddhismus zutage fördern würde. Lehrstühle über asiatische oder afrikanische Geschichte sind immer noch seltene Ausnahmen. Damit bleiben selbst so moderne Wissenschaften wie die Soziologie der Entwicklungsländer oft erstaunlich realitätsfremd. Sie kennen nicht die Chancen und Belastungen, die sich aus einer Tradition ergeben, die oft älter ist und konsequenter durchgehalten wurde als unsere eigene. Was wir heute in Asien erleben, ist nicht das zufällige Mißgeschick einer Großmacht, sondern die konsequente Antwort auf tief verankerte Fehleinschätzungen, die eine erst anlaufende Forschung nicht ausmerzen konnte. Der Optimismus, der die Entwicklungsprogramme der Vergangenheit auszeichnete, konnte nur aufkommen, weil die Schöpfer dieser Programme so ergreifend ahnungslos waren.

Im Augenblick ist die deutsche Mitverantwortung gering. Der Entscheidungsspielraum, der der Bundesrepublik bleibt

(und nicht nur ihr), ist infolge des Erbes der Vergangenheit minimal. Umso mehr sollte man gerade jetzt die Voraussetzungen an Wissen und Verständnis schaffen, die sich später einmal, vielleicht nach einer Generation, auf die politischen Intentionen auswirken können. Wenn wir j e t z t unsere Projekte in den Entwicklungsländern etablieren und unsere Mitarbeiter hinaussenden, ganz gleich mit welchem sachbezogenen Programm, dann dienen wir nicht nur der Forschung bei uns und im Gastlande - wir werden auch vielleicht allmählich jene Weltoffenheit erreichen, die amerikanische Institutionen kurzfristig mit einem enormen Einsatz an Geld und gutem Willen erzielen wollten.

|           |  |                      |
|-----------|--|----------------------|
|           | geschlechts  | 1959                 |
| Band VI   | Klaus Weck: Gerichtsverfassung und Zivilprozeß in Thailand   | 1960                 |
| Band VII  | E.J. Solich: Die Überseechinesen in Südostasien  | 1960                 |
| Band VIII | D. Japaneba, Klaus Weck, Max Biehl: Thailand, Vorkriege und Aufsätze   | 1960                 |
| Band IX   | Siegfried Wötcher: Lebensverhältnisse in der japanischen Kleinindustrie  | 1961                 |
| Band X    | Hubertus Lurke: Japans Außenpolitik 1925-1941  | 1962                 |
| Band XI   | Lily Abegg, Wolfgang Schmehl, Albert Kolb: Studien zur Entwicklung in Süd- und Ostasien. Neue Folge - Teil 1   | 1962                 |
| Band XII  | A. Benzer, W. Mohr (Bearb.): Verträge der Volksrepublik China mit anderen Staaten. Teil 1: Süd- und Ostasien. Teil 2: Die Länder des Vorderen Orients und Afrikas. Teil 3: Die Länder Westeuropas und Amerikas | 1962<br>1963<br>1964 |
| Band XIII | Hosen Rey, Ch'in Hu, W.v. Pookhansari: Studien zur Entwicklung in Süd- und Ostasien; Neue Folge - Teil 2   | 1962                 |